



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IK/

Hinw
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hammerskjöld erstattet Bericht	Fernsprecher 21831-33	S. 1
	Fernschreiber 039890	
Bevan und die Wiederaufrüstung		S. 2
Ist unser Schulwesen überholt ?		S. 4
Ein Fünfundsechzigjähriger		S. 6

Ein gutes Stück Friedenssicherheit

r. Die Verdienste von gewissen Einrichtungen und Persönlichkeiten würden oft erst nach ihrem Ende sichtbar werden, schrieb dieser Tage, etwas melancholisch, die "Times" in einem Kommentar zu dem Bericht, den der Generalsekretär der Vereinten Nationen, der Schwede Hammerskjöld, über die Tätigkeit des Völkerbundes der Gegenwart für die Zeit vom 1. Juli 1953 bis zum 30. Juni 1954 erstattet hat.

Das führende englische Blatt hat gewiß Anlass zu dieser Feststellung in voll: Die äußere Erfolgabilanz der UNO ist nicht imposant. Was in neuester Zeit an positiven Leistungen in dem Bemühen um internationalen Ausgleich zustande kam, an alledem hatte die UNO keinen direkten Anteil: Berlin und Genf, der Waffenstillstand in Indochina, die Vereinbarungen über das persische Öl und den Suez-Kanal, die Allianz von Bled und die - wahrscheinliche - Einigung über Triest. Allein Korea - freilich als der vielleicht wichtigste Fall unter den aufgeführten - war Sache der UNO und schließlich in gewissem Sinne auch ihr Erfolg.

Hammerskjöld gibt das in seinem Bericht offen zu. Aber er ist auch der Meinung, dass dieser Verband mit seinen 50 Mitgliedsstaaten zu einem erheblichen Teil erst die psychologisch-politischen Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass Vereinbarungen auf regionaler Grundlage zustande kamen, und noch dazu in so heiklen Fragen. Die Tatsache, dass in Genf z.B. "zum ersten Mal an demselben Konferenztisch die Regierungschefs aller, die größte Macht in Krieg- und Friedensfragen ausübenden Nationen" zusammentrafen, nennt er den "wahren Ausdruck der Grundsätze der Vereinten Nationen".

Eine besondere Rolle wird bei Hammerskjöld wie in dem Kommentar der "Times" den Staaten beigegeben, die weder dem West- noch dem Ostblock angehören, den "middle states", die zwischen beiden Blöcken stehen. Und ganz offensichtlich ist dabei vor allem an einige asiatische Staaten gedacht. Diese Diagnose oder Prognose hat eine bemerkenswerte Ähnlichkeit mit der, die Erich Ollenhauer auf dem Berliner Parteitag der SPD stellte. Man erinnert sich, wie auffallend groß der Raum war, den der Vorsitzende der SPD gerade diesem Problem in seiner Darstellung der weltpolitischen Situation zumaß und zwar in genau dem gleichen Sinne.

Es geschah in der Richtung auf das viel zitierte, notwendige Nebeneinander zweier verschiedener, ja in ihrer inneren Konstruktion entgegengesetzter Lebensprinzipien der Völker. Mit dem schroffen, unduldsamen Entweder-Oder wird man auf die Dauer nicht weiterkommen, wenn man einen dritten Weltkrieg vermeiden will, dazu haben sich die Dinge viel zu weit entwickelt. Die Klammer der UNO ist, so mangelhaft die Institution in Einzelfragen sein mag, ein gutes Stück Friedenssicherheit. Vielleicht das beste, über das man zur Zeit verfügt.

Verwirrung in der Labour Party

Bevans falsche Alternative

F.S., London

Als Antwort auf die Broschüre des Parteivorstandes von Labour, die kürzlich unter dem Titel "Die Verteidigung Europas" für die Remilitarisierung Westdeutschlands veröffentlicht wurde, erschien nunmehr als Gegenschrift eine "Alternative zur deutschen Wiederaufrüstung: Es braucht nicht zu geschehen", die Bevan gemeinsam mit den fünf anderen seiner Anhänger in der Parteileitung verfasste.

Am Schluß ihrer Denkschrift weisen die Autoren darauf hin - worin ihnen objektive Leser mit politischer Erfahrung gewiß zustimmen werden - dass die Vorschläge des Labour-Vorstandes "zu idealistisch sind und den Realitäten internationaler Politik keine Rechnung tragen". Andererseits ist nicht zu verkennen, dass die Argumente oft von realen Grundlagen ausgehen, von denen auch jene englischen Politiker ihr Mißtrauen gegen die Bundesrepublik herleiten, die aus Gründen militärischer und wirtschaftlicher Sicherheit Großbritanniens für die Aufrüstung eintreten. Etwa die Überlegung: Es ist eine absolute Illusion, zu glauben, dass die neue deutsche Armee demokratisch sein kann. Die Verfasser der Broschüre betonen, dass sie keinesfalls deutschfeindlich fühlen, sie bestreiten nicht, dass "jeder Deutsche die Wiedervereinigung glühend wünschen muß". Zur Lösung des deutschen Problems schlägt die Bevan-Gruppe eine neue Konferenz vor, die eine neue Tagesordnung haben soll. "Sie kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn Anstrengungen unternommen werden, den Wettlauf um die Wiederaufrüstung anzuhalten".

In diesem Zusammenhange wird in der Broschüre der Bundeskanzler zitiert:

"Dr. Adenauer selbst sagte in Hannover im Dezember 1951: Unser Hauptgrund, in die Europäische Armee einzutreten, ist der Wunsch, unsere östlichen Gebiete zurück zu erobern."

Das Organ Bevans "Tribune" sagt in der letzten Ausgabe, dass Lord Pakenham im Oberhaus und eine Anzahl Journalisten die Glaubwürdigkeit dieses Ausspruchs anzweifeln. Im gleichen Leitartikel wird erklärt,

dass "Tribune" bereit wäre, eine Erklärung des Bundeskanzlers abzu-
drucken, wenn er feststellte, dass er eine solche Äußerung nicht tat,
die übrigens schon vorher in dem viel gelesenen Werk von James War-
burg "Deutschland - Schlüssel zum Frieden" veröffentlicht wurde.

Die Alternative zur Wiederbewaffnung und der Ausweg gegen eine
nationalistische Entwicklung in der Bundesrepublik skizzieren die
Verfasser der Broschüre in 7 Punkten:

1. Deutschland muß in die Lage versetzt werden,
sich zu vereinigen, und Rußland muß überzeugt
werden zuzustimmen.
2. Rußland kann nicht zustimmen, wenn die militä-
rische Stärke eines vereinten Deutschlands den
Atlantikmächten zugefügt wird.
3. Deutschland kann nicht auf die Dauer neutralisiert
sein, da dieser Zustand sich nicht mit nationaler
Souveränität vereinbaren lässt.
4. Deutschland kann nicht von den ökonomischen Bürden
befreit werden, die die Nachbarländer für ihre
Aufrüstung zu tragen haben. Die Bewaffnung eines
vereinten Deutschlands muß auf ein Maß gehalten
werden, das keine Gelegenheit gibt, Europa zu
beherrschen.
5. Jede Lösung des deutschen Problems ist unmöglich,
solange nicht eine allgemeine und fortschreitende
Abrüstung eintritt.
6. Die Abrüstung muß nach einem Plan durchgeführt werden,
der eine wirtschaftliche Depression und Massenarbeits-
losigkeit verhindert.
7. Die Aufrüstung beschränkt gegenwärtig die Mittel,
die für die Entwicklung wirtschaftlich zurückge-
bliebener Länder verfügbar sind. Diese Mittel müssen
aber nutzbar gemacht werden und Deutschland soll zu
ihnen beitragen.

Die Broschüre geht politisch davon aus, dass Verhandlungen mit
dem Osten und Aufrüstung des Westens unvereinbar sind; militärisch
vertritt sie den Grundsatz, dass Atom- und Wasserstoffbomben die Auf-
stellung von Armeen illusorisch werden lassen. Die Autoren verschwei-
gen völlig die militärische Aufrüstung der Sowjets; sie verschweigen
völlig die russische Ablehnung der Vorschläge der Westmächte, freie
Wahlen durchzuführen (wofür freilich auch die Westmächte kein Äquiva-
lent bieten); sie verschweigen völlig den durch die Sowjets verursa-
chten Misserfolg der kürzlich in London stattgefundenen Abrüstungskonfe-
renz. Die Alternative Bevans wurde durch die Haltung der Sowjets in
den wesentlichen Stücken längst widerlegt. Mancher beachtenswerte Vor-
schlag und manche berechnete Schlussfolgerung werden durch die gene-
relle Tendenz, den Westen vom guten Willen der Sowjets abhängig zu
machen, bedeutungslos.

Vereinheitlichung oder Reform des Schulwesens?

C.G. Die Debatte um das in der Bundesrepublik angeblich bestehende "Schulchaos" beschäftigt seit Jahren die öffentliche Meinung. Vor einiger Zeit ist sie durch die Beschlüsse der letzten Kultusministerkonferenz über die Angleichung des Schulwesens in den deutschen Ländern und durch die von der Deutschen Partei im Bundestag eingebrachten Anträge, dem Bund die Gesetzgebungskompetenz über die einheitliche Regelung des Erziehungs- und Schulwesens zu übertragen und ein Bundes-Kultusministerium zu errichten, wieder aufgeflammt.

In dieser Debatte wird meist die notwendige technisch-organisatorische Seite des Schulwesens (Vereinheitlichung der Schultypen, der Prüfungsbestimmungen, des Schuljahresbeginns und der Ferienordnungen) überbetont, während die tieferliegenden Probleme der Schule und Erziehung dabei zu kurz kommen. Der Blick ruht überdies meist einseitig auf der höheren Schule, während die Fragen der Volks- und Berufsschule, auf der 70 - 80 % aller Kinder verbleiben, nur am Rande erwähnt werden. Immerhin haben in ihrer letzten Sitzung die Kultusminister Ende Juli in Feldafing am Starnberger See eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die - mit den Ergebnissen früherer Sitzungen verglichen - einen beträchtlichen Fortschritt in der Richtung darstellen: Die Zahl der Typen der höheren Schule soll auf fünf beschränkt, die Sprachenfolge an den höheren Schulen soll einheitlich geregelt werden. Für die Schultypen und die Klassen werden einheitliche Bezeichnungen vorgeschlagen. Schuljahresbeginn und Feriendauer wurden für alle Länder ebenfalls verbindlich festgelegt.

Ein völlig anderes Problem jedoch ist die grundlegende Reform des deutschen Erziehungs- und Schulwesens überhaupt. Zwischen Gestalt und Gehalt der gegenwärtigen Schule in Deutschland und den Anforderungen, die die moderne Gesellschaft an den Menschen stellt, besteht eine seit Jahrzehnten immer größer werdende Diskrepanz. Der aus dem vorigen Jahrhundert überkommene Aufbau des deutschen Schulwesens in Volks-, Mittel- und höherer Schule, der die Struktur des 19. Jahrhunderts widerspiegelt, vermag diesen Ansprüchen nicht mehr standzuhalten. Die Schaffung besserer Übergangsmöglichkeiten zwischen den drei, meist völlig von einander isolierten Schularten kann zwar einige Mängel beheben, packt aber das Übel nicht an der Wurzel. Auch die Dauer der Schulpflicht ist heute zu kurz. Mit 14 Jahren wird der junge Mensch zu früh in den Prozess der mechanisierten und rationalisierten Produktion hineingestellt. Durch die Schwächung der pädagogischen

Funktion der Familie, durch die Eindrücke, die von der modernen Kulturindustrie auf den jungen Menschen einströmen, sind der Schule neue und größere Aufgaben erwachsen. Die Ausdehnung des Wissens auf allen Bereichen erfordert eine neue Methode der Vermittlung des Stoffes, wenn der Schüler nicht von der Last des sich ständig vermehrenden Stoffes erdrückt werden soll. Zur Bewältigung dieser Aufgaben ist eine hochqualifizierte Lehrerschaft notwendig. Dies wiederum bedingt eine grundlegende Neuordnung der Lehrerbildung und der Lehrerbeseoldung.

Hieraus erwächst die Notwendigkeit eines auf lange Sicht angelegten Reformprogramms. Es vorzubereiten und der Öffentlichkeit zu unterbreiten, ist Aufgabe des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, der im September des vorigen Jahres auf Anregung des Bundestages von Kultusminister-Konferenz und Bundesinnenministerium ins Leben gerufen wurde. Ihm gehören nicht Interessenvertreter, sondern anabhängige Persönlichkeiten an. Was bisher von seiner Arbeit bekannt wurde, ist durchaus verheißungsvoll. Die großen Schulreformen in England und Skandinavien sind in ähnlicher Weise von unabhängigen Kommissionen in jahrelanger Arbeit vorbereitet worden.

Die Diskussion über das sogenannte Schul-Chaos in der Bundesrepublik sollte sich deshalb endlich einmal von der einseitigen Blickrichtung auf die Tagesaufgaben der technisch-organisatorischen Vereinheitlichung abwenden und sich weitmehr als bisher für die Arbeit des erwähnten Ausschusses interessieren. Nur auf diese Weise kann auch die Verwirklichung der Vorschläge, die der Ausschuss vorlegen wird, im Bewußtsein der Öffentlichkeit wirksam vorbereitet werden. Erst wenn der Ausschuss mindestens die erste Etappe seiner Arbeit abgeschlossen hat, wird man sich überlegen können, auf welchem Wege, ob durch Bundes- oder wie bisher durch Ländergesetzgebung, die vorgelegten Reformvorschläge in Angriff genommen werden können.

- In der augenblicklichen Situation dienen deshalb Anträge, wie die von der Deutschen Partei gestellten, nur der Spekulation auf billige Propagandaeffekte.

Walter Freitag

K.M. Walter Freitag, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, vollendet am 14. August sein 65. Lebensjahr.

Der Zufall fügt es, dass dieser Tag in eine Zeit fällt, in der das Interesse der deutschen Öffentlichkeit mehr denn je den gewerkschaftlichen Dingen zugewandt ist, in einen wie im anderen Sinne. Es fällt daher schwer, diesen Anlaß, auch wenn er von so persönlicher Art ist, nicht in Beziehung zum Thema des Tages zu setzen.

Im übrigen haben die speziellen Freunde der Gewerkschaften längst dafür gesorgt, dass der Name Freitag in dieser Diskussion nicht unerwähnt geblieben ist. Etwa so: Da sieht man es - der radikale Freitag.

Nun, wenn es radikal ist, dass einer, den die deutschen Gewerkschaften zu ihrem Ersten Mann gemacht haben, in seiner Position nicht vergessen will und nicht vergessen kann, was sein Auftrag ist und wer seine Auftraggeber sind, dann stellt Walter Freitag den ungewöhnlich radikalen Typus eines Bundesvorsitzenden dar. Damit wird freilich in keiner Weise jene primitive Vorstellung bestätigt, als ob Freitag hier so etwas wie ein großer Inszenator im Hintergrunde wäre. Streiks sind Sache der einzelnen Gewerkschaften und da hat ihnen niemand hineinzureden, nicht einmal der Bundesvorsitzende. Aber jedermann weiß, auf welcher Seite Walter Freitag mit seinem Herzen steht.

Man weiß es, obwohl er in diesem Streit bisher so gut wie garnichts gesagt hat. Er liebt es nämlich nicht, große Reden vom Stapel zu lassen und sogenannte Erklärungen abzugeben. (Die früheren Justizminister halten es anders)

Walter Freitag redet, wenn er unbedingt reden muß. Er schweigt manchmal, auch wenn er reden könnte. Er versteht sogar die Kunst, Dinge nicht zu hören, die er nicht hören will. Die Jahre haben ihn nicht beredsamer, aber noch ruhiger gemacht. Dieser wuchtige Metalller ist die Ruhe in Person. Und die Erfolge, die er in den beiden Jahren seines Amtes hatte, sind nicht zuletzt auf diese radikale Ruhe zurückzuführen, wie sie wohl nur den Zwei-Zentner-Männern gegeben ist.

Ein Erfolg, sein Erfolg war es, dass die Leute, die den DGB nach dem 6. September so eilfertig in einzelne Bestandteile zerlegen wollten, einfach hinten abrutschten. "Nicht die Ruhe verlieren!", sagte er damals zu einigen Mitarbeitern.

In der Biographie Walter Freitags kann man nachlesen, dass er sich im Konzentrationslager von der Notwendigkeit der Einheitsgewerkschaften überzeugt hat. Er setzte diese seine Überzeugung in die Tat um, als er nach dem Zusammenbruch - gemeinsam mit seinem Freund und Kollegen, dem christlichen Metallarbeiter-Sekretär Alef - von Ort zu Ort zog, um in der westfälischen Heimat die ersten Ortsgruppen der neuen Einheitsgewerkschaft aufzustellen. Neben seiner tiefen Ruhe hat Walter Freitag nämlich eine weitere ziemlich radikale Anlage: er pflegt hartnäckig bei dem zu bleiben, was er glaubt.

Walter Freitag ist Sozialdemokrat und hat daraus nie ein Kehl gemacht. Wie er eine Vergangenheit als Gewerkschaftler hat, so hat er eine Vergangenheit als politischer Mensch. Hier wie dort brachte er es im Lauf einer nahezu fünfzigjährigen Arbeit zu Erfolgen und zu hohen Ämtern. Er ist loyal gegenüber denen, die eine andere Meinung, eine andere politische Auffassung oder eine andere Konfession als er selber haben. Er hält es daher für sein gutes Recht, loyal sich selbst gegenüber zu sein. Wer ihm dies Recht bestreitet, hört auf loyal zu sein.